U.I.O.G.D.

Auf daß in Allem Gott verherrlicht werde!

St. Peters Bote.

Ein Familienblatt zur Erbauung und Belehrung.

ORA ET LABORA

Bete und Arbeite!

22. Jahrgang. No. 36 | Münster, Sask., Donnerstag, den 15. Oktober, 1925 | Fortlaufende No. 1128

Welt-Rundschau.

Die Sicherheits-Konferenz in Locarno begann am 5. Oktober. Sie soll den Abschluß eines Sicherheitsvertrages erwägen. Es beteiligen sich daran die Auslandsminister von England, Frankreich, Deutschland u. Belgien, außerdem mehrere führende Staatsmänner dieser Staaten. Chamberlain von England führt den Vorsitz. Von Deutschland sind außer dem Auslandsminister Stresemann auch der Reichskanzler Luther und andere Vertreter zugegen. Es wird in Zeitungen viel des Aufsehens darüber gemacht, daß man diesmal den Deutschen mit Aufmerksamkeit entgegenkommt und daß jetzt die Deutschen seit mehr als einem Jahrzehnte zum ersten Male wieder als Gleiche unter Gleichen am Konferenztische sitzen. Das Erstere sollte sich eigentlich bei auch nur halbwegs zivilisierten Menschen von selbst verstehen. Wer sich also darüber wundert, daß man die Deutschen in Locarno endlich einmal anständig behandelt, stellt ihrem Gegenüber für die letzten Jahre ein armseliges Zeugnis aus. Denn unanständige Behandlung schändet nicht den davon Betroffenen, sondern den, der das Unrecht begeht.

Daß die Deutschen in Locarno als Gleiche unter Gleichen sitzen, ist auch nur eine Fiktion, die in Wirklichkeit nicht das Geringste zu bedeuten hat. Obwohl die erste Anregung zu einem Sicherheitsvertrage von Deutschland ausging und die Mächte Deutschland höflich zu dieser Zusammenkunft einlud, England sogar durch ein besonderes Schreiben, so kommt es doch praktisch darauf hinaus, daß Deutschland auch zu dieser Konferenz wieder zitiert wurde. Und wenn Frankreich wegen seiner Finanzen, wegen der Gefahr einer gänzlichen Zerrüttung, wegen der großen Schwierigkeiten in Marokko und Syrien usw., nicht gezwungen wäre, einstweilen etwas sachte aufzutreten, so hätten sich seine Vertreter niemals „herabgelassen", sich mit Deutschen an den Konferenztisch zu setzen, um über französische Angelegenheiten zu beraten.

Daß Deutschland bei der ganzen Konferenz nichts wird zu sagen haben, dafür liegen bereits genügende Anzeichen vor. Die Aufrollung der Schuldfrage wurde als nicht zur Konferenz gehörend im Vorhinein abgewiesen. Die Räumung des Kölner Gebietes wurde als von der „Abrüstung" Deutschlands abhängig bezeichnet. Die Anspielung der Deutschen Vertretung auf die Rückgabe einer oder mehrerer Kolonien bei Beginn der Konferenz erregte unter den Delegaten große Aufregung. All dies und noch vieles andere, das Deutschland als mit einem Sicherheitspakt enge verknüpft betrachten mag, wird als nicht zur Sache gehörig ausgeschaltet. Mit anderen Worten, Deutschland hat nichts zu sagen, es muß sich darauf beschränken, Frankreich die erwünschte Sicherheit zu garantieren. Es wird auf den ursprünglich gemachten Vorbehalt verzichten müssen, nämlich die Möglichkeit und Aussicht, seine östlichen Grenzen durch friedliche Vereinbarungen mit den östlichen Nachbarn zu regulieren. Frankreichs Bundesgenossen dort drüben, deren es nicht entbehren kann, können nicht einmal den Gedanken an eine solche Möglichkeit ertragen. Und so wird Frankreich nicht zugeben, daß diese Idee im Sicherheitsvertrage erscheine. Es wird auch bereits gemeldet, daß polnische und tschechische Vertreter bereit stehen, nach Locarno zu reisen, um im Falle des Gelingens den Sicherheitspakt auf Polen und Tschechoslowakien ausdehnen zu lassen.

Das Resultat der Konferenz also, wie es den Augen Frankreichs vorschwebt, wird darin bestehen, daß Deutschland „freiwillig" auf alles verzichtet, was ihm durch das Diktat von Versailles und dessen spätere Erweiterungen abgenommen wurde. Es soll sich feierlich verpflichten, sogar den Gedanken an eine mögliche Zurückgewinnung deutscher Gebiete wie eine vom bösen Feinde eingegebene Versuchung abzuweisen. Ohne eine solche Zusicherung können Frankreich und seine Vasallen nicht ruhig schlafen. Wenn dann durch den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund, der auf den Sicherheitspakt folgen soll, sich dieser noch dafür verantwortlich macht, daß Deutschland seine Versprechen nicht etwa wie einen Fetzen Papier behandeln, sondern gewissenhaft einhalten werde, dann erst kann Frankreich sich beruhigen und — vielleicht — an Abrüstung denken.

Wie gerne möchte man sich doch glauben machen, daß all dies bloß Schwarzseherei sei. Gewiß ist Pessimismus als Prinzip zu verwerfen. Aber Optimismus, der seine Augen gegen klare Anzeichen schließt, um die kommenden Gefahren nicht zu sehen, ist ebenso nutzlos. Daß das Ergebnis der Beratungen von Locarno und einer vielleicht folgenden allgemeinen Konferenz für den künftigen Frieden Europas und der Welt von ungeheurer Tragweite sein mag, erscheint als unberechtigter Optimismus. Gegründet, wie sie ist, auf das Zwangsdiktat von Versailles mit all seinen Ungerechtigkeiten und Deutschlands alleinige Schuld am Krieg voraussetzend, kann auch sie kein Fundament für einen wirklichen Frieden abgeben. Die friedlose Welt schaut nach Locarno und erhofft von dorther den Anfang des Friedens. Wenn ihre Hoffnung abermals getäuscht wird, wird sie vom Frieden weiter entfernt sein als je.

Daß Sicherheitspakt und Deutschlands Eintritt in den Völkerbund aufs engste zusammenhängen, zeigte sich darin, daß die Zeit vom 7. bis zum 10. Oktober hauptsächlich auf eine Frage verwandt wurde, die sich nicht direkt auf die Sicherheit, mehr aber auf den Völkerbund bezieht. Nach einem Artikel des Völkerbundes sind die Mitglieder desselben verpflichtet, Truppen eines jeden Mitgliedes der Liga, welche zum Schutze eines Lagabeschlusses wirken, Durchzug durch ihr Gebiet zu gestatten.

Da Deutschland gänzlich entwaffnet ist, will es darauf bestehen daß es im Falle seines Eintrittes in den Völkerbund von dieser Bestimmung befreit werde. Stresemann kleidete dieses Verlangen in folgende Worte: „Solange Deutschland entwaffnet ist und die anderen Völker in vollster Rüstung sind, wünschen wir von der Beteiligung an allen bewaffneten Konflikten befreit zu sein, welche dieser Zustand allgemeiner Rüstungen hervorrufen kann. Wir wünschen dem deutschen Volke eine sichere Gewähr für den künftigen Frieden zu geben."

Wenn Deutschland unter dieser Bedingung in den Völkerbund aufgenommen wird, so fällt der Hauptgrund weg, warum Frankreich dasselbe als Mitglied wünscht. Dieser Hauptgrund ist sicherlich gerade dieser Paragraph. Ein Krieg Russlands gegen Polen ist nur eine Frage der Zeit. Durch sein besonderes Bündnis mit Polen und als Mitglied des Völkerbundes müßte Frankreich sogleich auf Seite Polens gegen Rußland eingreifen, abgesehen davon, daß es schon längst von Begierde auf einen aussichtsvollen Krieg gegen Rußland brennt. Wenn aber Frankreich, statt bequem durch deutsches Gebiet zu marschieren, Polen seine Hilfe über die Ostsee bringen muß, wird sie zu schwach sein und zu spät kommen.

Hieraus ergibt sich auch Rußlands grimmiges Widerstreben gegen Deutschlands Eintritt in den Völkerbund. Wenn es ohne diesen Vorbehalt eintritt, wird es in demselben Augenblicke zum Todfeind Rußlands. Deshalb wies Stresemann in seiner Besprechung mit Briand, dem französischen Auslandsminister, darauf hin, daß Deutschland seine Freundschaft mit Rußland als einem benachbarten Staate bewahren müsse.

Wahrscheinlich wird auch England darauf bestehen, daß Deutschland ohne Vorbehalt in den Völkerbund eintrete. Denn England erkennt in der Gegenwart in Rußland einen gefährlichen Feind. Wenn Frankreich diesen Feind niederwirft oder doch schwächt, so ist das englischer Reingewinn. Wenn dadurch Deutschland der Kriegsschauplatz wird und sich auf ewig mit Rußland verfeindet, so würde sich England nicht im geringsten darüber aufregen.

Tritt Deutschland in den Völkerbund ein und die Alliierten gewähren ihm Freiheit von jener Klausel, so wird das im Falle eines Krieges zwischen Polen und Rußland praktisch wenig Unterschied machen. Wie die Erfahrung lehrt, werden Abkommen über Kriegszeiten unter den Völkern geschlossen, um im Kriege gebrochen zu werden. Frankreich würde auch in diesem Falle, mit Zustimmung der übrigen Alliierten, von Deutschland das Recht des Durchmarsches fordern. Deutschland, das entwaffnet ist, könnte keinen tatsächlichen Widerstand leisten. Der einzige Unterschied bestünde darin, daß es mit Recht protestieren könnte und nur der Macht weichen würde. Infolge dessen würde sein Verhältnis zu Rußland nicht notwendigerweise ein feindliches.

Der französische Premier, Paul Boncour, sprach in Nimes über die Aussichten einer französisch deutschen Aussöhnung. Er hält sie für sehr rosig und die Zeitungen finden in seinen Worten den Ton echter Versöhnlichkeit. Doch scheinen diese Worte nicht weniger als Versöhnlichkeit zu atmen. „Trotz des ein Jahrhundert alten Grolles," sagt er, „und trotz des Unrechtes, das noch zum Himmel schreit, ist eine solche Aussöhnung möglich." Das stellt abermals Deutschlands Kriegsschuld fest. Nur auf solcher Grundlage ist Boncour zur Aussöhnung bereit. Kann aber Deutschland sie auf dieser Grundlage unternehmen?

Aus dem Saulus wird ein Paulus

Zu den rabiatesten und unversöhnlichsten Feinden Deutschlands in der amerikanischen Oeffentlichkeit hat seit den ersten Kriegsjahren, schon lange vor der Kriegserklärung des Kongresses an Deutschland, Frank H. Simonds gehört. Zugleich hatte Simonds sich zum leidenschaftlichen und konsequenten Verfechter des spezifisch französischen Standpunktes in allen Fragen der Nachkriegspolitik gemacht. Keiner war so unversöhnlich, ja lange Zeit hindurch so gehässig selbst gegenüber dem besiegten Deutschland, wie gerade Simonds, und über den Anteil, den er schon an der Kriegshetze gegen Deutschland gehabt hat, belehren die inzwischen ans Licht gezogenen Korrespondenzen Wilsons und seiner Berater aus der „großen Zeit."

Nun, dieser selbe Frank H. Simonds hat nun auch sein Damaskus erlebt. In der Kernfrage aller Kriegsdiskussionen, in der Kriegsschuldfrage, tritt er in einem viele Spalten langen Artikel im letzten Sonntagsblatt des „Philadelphia Inquirer" nett und reinlich für Freisprechung des deutschen Volkes von der alleinigen oder auch nur der überwiegenden Kriegsverantwortlichkeit ein; und er nimmt sogar keinen Anstand, sich in diesem Zusammenhange gegen seine früheren französischen Spezial-Bundesfreunde, vor allem gegen Poincare, zu wenden, der bekanntlich in der jüngsten Nummer der „Foreign Affairs" das Bedürfnis verspürt hatte, die vielen amerikanischen Zweifler an dem alliierten Dogma von der deutschen Alleinschuld zu beschwichtigen und sie auf den engen Pfad der ententefrommen Tugend zurückzuführen. Mit einem Wort, wir erleben das erstaunliche Schauspiel, daß Simonds jetzt Poincare scharf ins Gehege fährt und ihn darüber belehrt, nicht nur, daß sein Plaidoyer für die Verewigung des alliierten Pharisäer-Geschwätzes von der deutschen Kriegsanstiftung um einen Posttag zu spät kommt, sondern daß gerade sein geliebtes Frankreich selber ein gerüttelt Teil der Kriegsverantwortlichkeit trägt, kein geringeres jedenfalls als Deutschland.

Raumrücksichten verbieten uns, den Artikel Simonds', der sicherlich nicht verfehlen wird, bei der französischen Mission in Washington peinliches Aufsehen zu erregen, vollinhaltlich oder auch nur in einem größeren Auszuge in deutscher Uebertragung hier wiederzugeben. Um aber den bezeichnenden Sinneswandel dieses hervorragenden amerikanischen Publizisten erkennen zu lassen, genügt es hier, den „Kopf" des Artikels zu reproduzieren. Er sieht so aus:

„Deutschland durch Simonds von dem Fleck der Kriegsschuld gereinigt. — Publizist erklärt, Berlin trage nicht mehr Schuld an der Entfesselung des Konflikts als Frankreich und sei weniger schuldig als Rußland, das während der Friedensverhandlungen nach Serajewo mobilisierte."

Aus dem Text des Artikels greifen wir aufs Geratewohl folgenden Passus heraus:

„Die Kriegszeit-Hypothese und die auch noch während der Zeit unmittelbar nach dem Kriege herrschende Annahme, daß der Krieg das Resultat einer wohlüberlegten Verschwörung gegen den Frieden auf Seiten der deutschen Herrscher war, die diesen Krieg gewollt und ihn so, wie er dann Ereignis wurde, geplant hatten, ja, die am Morgen nach dem Morde von Serajewo entschieden hätten, daß sie diesen günstigen Augenblick nutzbar machen müßten, um die Weltherrschaft an sich zu reißen, diese Annahme ist über Bord gegangen. Er Präsident Poincare selber gibt es dies in seinen eigenen Argumentationen preis, mit denen er tatsächlich zugibt, daß die Zivilspitzen der deutschen Regierung bemüht waren, den Krieg zu verhüten, als gewisse Ereignisse — in Wahrheit ein einziges Ereignis, nämlich die allgemeine russische Mobilmachung — den ganzen Stand der Dinge änderten.

Daß Deutschland allein für die europäische Unruh, wie sie 1914 und in dem ganzen vorausgegangenen Jahrzehnt existierte, verantwortlich gewesen wäre, wie es einem jeden schien, der mit England oder Frankreich sympathisierte, und wie es vor allem vielen Amerikanern derselben Kategorie schien, ist eine Ansicht, die vor dem Richterstuhle der Geschichte kaum bestehen wird."

Simonds glaubt auch jetzt noch, daß im Gegensatz zu den zivilen Spitzen der Regierung, der Generalstab und der Kaiser nach der russischen Mobilisierung den Kopf verloren hätten und die deutsche Kriegserklärung überstürzt war; dennoch nimmt er gegenüber den französischen Prätensionen schlohweißer Unschuld der Triple-Entente und alleiniger deutscher Schuld kein Blatt mehr vor den Mund und erklärt diesen Standpunkt für offenbare Absurdität.

(Erch.)

Wem gehört das Kind: den Eltern oder dem Staate?

Irrige Anschauungen des Präsidenten der *A. F. L.*

Befürwortet *Child Labor Amendment*, weil Kind „Amerikas" sei!

Als der Central-Verein auf seiner in Allentown abgehaltenen General-Versammlung im August des Jahres 1921 sich gegen das sogenannte **Child Labor Amendment** zur Bundesverfassung erklärte, waren die Befürworter jener Maßregel der Meinung, es werde nicht schwer halten, dafür die nötige Mehrheit unter den 48 Staaten zu sichern. Sie glaubten, die öffentliche Meinung völlig auf ihrer Seite zu haben, und waren daher empört und enttäuscht, als sie sich nach und nach zu der Ueberzeugung klärten die verärgerten Befürworter schlag auch Gegner beine. Als dann Niederlage auf Niederlage folgte, er auch heute noch nicht einsehen. Zu ihdes Verfassungszusatzes, der Widerstand sei ganz und gar eine Mache jener Fabrikanten und Unternehmer, die sich das Recht, Kinder und Jugendliche in ihren Fabriken u. Gruben zu beschäftigen, nicht nehmen lassen wollten. Tatsächlich war die öffentliche Meinung zu der Ueberzeugung gelangt, daß die Bundesregierung bereits mehr als genug in die Angelegenheiten der Einzelstaaten wie der Bürger eingreife, und daß es an der Zeit sei, einer weiteren Ausdehnung der Bundesmacht Einhalt zu gebieten.

Das wollen, jedoch manche Leute auch heute nicht einsehen. Zu ihnen gehört der jetzige Präsident der **American Federation of Labor**, Mr. William Green, der sich unlängst recht erbittert über die Ablehnung des Amendements aussprach. Er erklärte auf der Jahresversammlung der **Federation of Labor** des Staates Ohio, noch niemals sei die Reaktion so kühn aufgetreten wie in dieser Angelegenheit. „Das Volk wurde getäuscht," lautet einer seiner Aussprüche; „die Entstellung der Tatsachen war so wirkungsvoll, daß es der einzigen großen Macht, der **American Federation of Labor**, unmöglich war, die Flut einzudämmen." Anschließend daran behauptete Green, das Amendement sei nicht tot; die **American Federation of Labor** sei auf diesen Kurs eingestellt, und insofern es auf ihn ankomme, werde der Kampf bis zum endlichen Siege durchführt werden. Dabei mußte er, gemäß dem vom **Weekly News Service** der **American Federation of Labor** veröffentlichten Berichte, zu Gunsten des Amendements nichts Gewichtigeres zu sagen als dies: „Sind wir eine Nation? Lebt jedes Gemeinwesen aus sich selbst? Sind die Kinder Amerikas die Kinder Amerikas (man beachte diesen Satz wohl!) oder sind sie die Kinder eines jeden Gemeindewesens?" Er sei der Ansicht, fügt Green dem noch hinzu, das ärmste Kind in der entlegensten Gegend unseres Landes verdiene denselben Schutz wie jedes andere Kind Amerikas.

Daran ist nicht zu zweifeln; es kommt nur darauf an, wer diesen Schutz gewähren soll: die Eltern, die Gemeinde, der Einzelstaat oder die Bundesregierung? Jene, welche das **Child Labor Amendment** befürworten, gehen von dem Grundsatze aus, daß das Kind, was ja jüngst durch das Bundes-Obergericht bestätigt worden ist, an erster Stelle den Eltern anvertraut worden ist und daß es ihnen obliegt, über das Wohl und Wehe ihrer Kinder zu wachen. Sollten sie es daran mangeln lassen oder es ihnen unmöglich ist, ihren Kindern den gehörigen Schutz und Schirm angedeihen zu lassen, soll die zunächst zuständige öffentliche Gewalt in die Breiche treten, in der Absicht, das zu leisten, was die Eltern nicht zu tun vermögen oder zu tun vernachlässigen. Es handelt sich also um eine ergänzende Tätigkeit, der gewisse Schranken vorgezeichnet sind, indem nichts schädlicher sein könnte für alle beteiligten Parteien, als zu weitgehende Eingriffe des Staates in die Rechte und Pflichten der Eltern. Aber wenn schon Stadt und Einzelstaat sich davor hüten müssen, die Kindesfürsorge zu übertreiben, so gilt das in noch weit höherem Maße von jeder Centralgewalt. Die Verfassung unseres Landes hat ja auch den Einzelstaaten das Schulwesen u. den Kinderschutz vollkommen anheimgestellt. Weil sie nun nach dem Vorhalten der Befürworter des Kinder-Arbeit-Amendements von ihren Rechten weder einen so weitgehenden noch einen solchen Gebrauch machen wie jene es wünschen, soll die Bundesregierung die Befugnis erhalten, Kinderschutzgesetze zu erlassen.

Wohin das führen würde, verrät der Präsident der **American Federation of Labor**, William Green, indem er sich auf den Standpunkt stellt, die Kinder gehören Amerika, d. h. dem Bundesstaat, der heute schon unermeßlich ist infolge der seit zwanzig Jahren befolgten Tendenz der Centralisation. Eben weil die Gefahr vorhanden ist, daß das Kind „Amerika" gehören soll, wie Mr. Green es ausdrückt, und „Amerika" (d. h. die Bundesregierung) die ihr daraus erwachsenden Rechte auch geltend machen wollen, wider-

(Fortsetzung auf Seite 4.)